



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Massow, Wilhelm von : Die Schwierigkeiten der innerpolitischen Lage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Schwierigkeiten der innerpolitischen Lage

Von Wilhelm von Massow

Recht unerfreulich sind die Aussichten, die uns der Reichstag am Jahreseschluß eröffnet hat, ehe er in die Weihnachtspause eingetreten ist. Gewiß wird festzuhalten sein, daß wir noch am Anfang der großen Arbeit stehn, die der Reichstag in diesem Winter zu leisten hat; es besteht noch kein Grund, die Flinte ins Korn zu werfen. Aber gerade weil es noch Zeit ist, begangne Fehler wieder gut zu machen, sollte die Arbeitspause recht gründlich zum Nachdenken über die Lage benutzt werden.

Zunächst hat die Kommission zur Beratung der Reichsfinanzreform Wege eingeschlagen, die unmöglich zum Ziel führen können. Und doch unterscheidet sich die gegenwärtige Lage von mancher frühern politischen Kampfzeit eben dadurch, daß das Ziel von allen bürgerlichen Parteien als dringend notwendig anerkannt worden ist. Nicht nur die Blockparteien, sondern auch das Zentrum sind sich darüber klar geworden, daß die Reichsfinanzreform zustande kommen muß. Das Fortwirtschaften — oder soll man nach berühmten Mustern sagen: „Fortwursteln?“ — auf den bisherigen Grundlagen ist schlechterdings unmöglich. Konservative und Demokraten, Liberale und Ultramontane haben es gleichmäßig betont. Unter solcher Voraussetzung müßten praktische Erwägungen doch wohl die Wirkung haben, die Parteien auf den Weg zu führen, auf dem die Erreichung des Ziels möglich ist. Es wird auch dann noch manche Schwierigkeiten zu überwinden geben, Schwierigkeiten, die die natürliche Folge von Parteigrundsätzen sind, die nicht ohne weiteres aufgegeben werden können. So werden die Konservativen vorläufig unter dem Einfluß des starken Widerwillens stehn, der namentlich in den Kreisen des Grundbesitzes gegen die geplante Nachlaßsteuer herrscht, und ebenso werden die Liberalen, die sich schweren Herzens zu notwendigen Zugeständnissen in bezug auf die indirekten Steuern bequemt haben, doch dem Druck der Interessenten nur eine beschränkte Widerstandsfähigkeit entgegensetzen und immer bestrebt sein, die Vorlage so umzumodeln, daß ihre Zugeständnisse möglichst klein erscheinen. Aber die bestehenden Gegensätze dieser

Wir sind nicht unüberwindlich, solange auf beiden Seiten der ernste Wille besteht, das Notwendige unter allen Umständen zu schaffen.

Wen bedenklicher müssen die Erscheinungen stimmen, die jetzt in der Kommissionsarbeit hervorgetreten sind. Sie beruhen, wie gesagt, nicht auf der Verschiedenheit der Meinungen über die Wege zu dem anerkannten Ziel, sondern sie stellen dieses Ziel selbst in Frage; sie wurzeln in Eigentümlichkeiten unsers Parteiens, deren Überwindung die Voraussetzung nicht nur für das Zustandekommen der Reichsfinanzreform, sondern auch für die gedeihliche Weiterentwicklung unsrer innerpolitischen Zustände überhaupt ist. Und wenn man diesen Fragen nähertritt, so muß sich die Betrachtung notwendig zu einer Anklage gegen unsern Liberalismus gestalten.

Man konnte die Hoffnung hegen, daß der deutsche Liberalismus jetzt nach langer Zeit seine Kinderkrankheiten überwunden habe. Dazu gehörte die in beständiger Opposition angenommene Gewohnheit, die Regierung als eine im Gegensatz zu den Bedürfnissen des Volks stehende Macht anzusehen. Sieht man sich in den ältern konstitutionellen Staaten des Auslands um, so begegnet man dieser Auffassung nirgends, auch da nicht, wo die Opposition die schärfsten Formen annimmt. Diese Opposition wirkt der Regierung oft genug Unfähigkeit, Verkündnislosigkeit und sonst alles Mögliche vor, aber sie zweifelt niemals daran, daß das grundlegende Interesse der Regierung zugleich das ihre ist. Das zeigt sich namentlich bei der Beratung von Steuervorlagen. Die Notwendigkeit, zu den Lasten der politischen Gemeinschaft beizutragen, ist etwas ganz selbstverständliches, und wenn auch jede Partei, die bestimmte wirtschaftliche Interessen hinter sich weiß, mit möglichster Geschicklichkeit dahin strebt, sich zu entlasten, so wird doch von allen Seiten grundsätzlich darauf festgehalten, daß die notwendigen Leistungen im eignen Interesse des Volks aufgebracht werden müssen. Danach richtet sich die ganze Beweisführung, die allen etwaigen Klagen und Beschwerden ihr Gewicht eben dadurch zu geben sucht, daß sie die Beiträge des Volks für Zwecke des Gemeinwohls niemals an sich als Belastung ansieht, sondern höchstens ihre unzumutbare Verteilung und ähuliches der Regierung zum Vorwurf macht.

Bei uns ist es anders. An sehr anerkennenswerten Anläufen unsrer Liberalen, die finanziellen Erfordernisse der Reichspolitik durch positive Mitarbeit erfüllen zu helfen, hat es zwar nicht gefehlt, aber im entscheidenden Augenblick fallen sie doch wieder in die alte Unart zurück, jede Bewilligung als eine Gefälligkeit gegen die Regierung zu betrachten, die gewissermaßen einen Privatport daraus macht, möglichst viel Geld dem Volk aus der Tasche zu holen, um sich das Geschäft des Regierens so leicht wie möglich zu machen. Zwar wird jeder liberale Abgeordnete sehr lebhaft dagegen protestieren, daß er für seine Person solche Auffassungen hegt, aber Taten beweisen, daß er in Wirklichkeit nach der alten engherzigen Maxime, die eigentlich nichts weniger als liberal, sondern ein Überbleibsel mittelalterlicher Ständepolitik ist, handelt. Modern ist dabei nur die Angst vor den Wählern und vor der liberalen Presse, deren gelesenste Blätter ihre Leitartikel auf den Ton abzustimmen pflegen, daß es die vornehmste

Pflicht eines wahren Volksvertreters ist, der Regierung möglichst viel von den Summen abzujagen, die sie aus bloßer Liebhaberei oder auch aus reiner Torheit von dem Steuerzahler fordert.

Darin zeigt sich eine Unfruchtbarkeit liberaler Steuerpolitik, deren Folgen sehr leicht in verhängnisvoller Weise auf den Liberalismus zurückfallen können. Allerdings pflegt man heute derartige Warnungen im liberalen Lager sehr leichtfertig zu beurteilen. Die ganze Lage scheint genügenden Schutz gegen die Wiederkehr einer Zentrumshegemonie zu bieten. Fürst Bülow hat vor Jahr und Tag sein Verbleiben im Amt davon abhängig gemacht, daß Konservative und Liberale sich verständigten. Fälschlich deutete man das damals als ein Zugeständnis an den Parlamentarismus und glaubt vielleicht jetzt noch, Fürst Bülow habe sich dadurch dem Block mit Leib und Seele verschrieben. Da ist es doch wohl nötig, hervorzuheben, daß es sich jetzt um andre Dinge handelt und die Lage anders geworden ist. Fürst Bülow vollzog vor zwei Jahren den Bruch mit der Zentrumshegemonie im Reichstage und schlug der nationalen Mehrheit, die die Neuwahlen gebracht hatten, einen neuen Weg vor, um die Bedürfnisse einer nationalen Politik ohne das Zentrum zu befriedigen. Wenn sich nun von vornherein die Unmöglichkeit herausstellte, auf diesem Wege zu positiven Ergebnissen zu gelangen, so bedeutete das für den Reichskanzler ein völliges Scheitern seiner eignen, dem Kaiser empfohlenen Politik. In solcher Lage war die für ihn zu ziehende Konsequenz selbstverständlich gegeben. Die Sache kam anders, der Block versagte nicht, und damit war nicht nur die Möglichkeit einer „konservativ-liberalen Paarung“ zur Genüge praktisch erwiesen, sondern es wurden auch Früchte der Gesetzgebung geerntet, die auf keine andre Weise unter den bestehenden Parteiverhältnissen zu erlangen gewesen wären.

Man darf wohl die Frage aufwerfen, ob das noch jetzt so ist. Fürst Bülow bedarf des Beweises nicht mehr, daß eine Blockpolitik möglich ist, wohl aber sieht er sich vor die Aufgabe gestellt, die wichtigste Arbeit am Bau des Reichs, die es seit seiner Begründung gegeben hat, zur Vollendung zu bringen. Dieser Notwendigkeit müssen unter Umständen alle Rücksichten auf sonst gern gewollte Richtungen der Politik weichen. Sprengt die Reichsfinanzreform den Block, so braucht das nicht unter allen Umständen ein Fiasko des Fürsten Bülow zu sein; es kann zu einem Fiasko der schuldigen Partei werden, wenn Fürst Bülow eine andre Mehrheit findet. Und er müßte in einem solchen Falle alles tun, sie zu finden.

Es fragt sich, ob unter solchen Umständen die Gefahr der Rückkehr einer Zentrumshegemonie völlig ausgeschlossen ist. Mit leidenschaftlichen Hinweisen auf die Berruchtheit des Zentrums, auf die mehrfach bewiesene antinationale Haltung der Partei kommt man an dieser Frage nicht vorbei. Es heißt hier den Dingen einmal kalt und scharf ins Gesicht sehen. Wenn man klar erkannt hat, wie die Chancen stehn, kann man immer noch die nötigen Lehren daraus ziehen.

Also sine ira et studio sei es festgestellt, daß das Zentrum immerhin darauf verweisen kann, an wievielen wichtigen Gesetzen es positiv mitgearbeitet

hat. Wenn die Fraktion dabei in der Regel so operiert hat, daß sie ihre Mitwirkung so lange wie möglich im Zweifel ließ und gern ihre parlamentarische Machtstellung zum Ausdruck brachte, so hat sie doch bei den meisten Gesetzesvorlagen von nationaler Bedeutung im entscheidenden Augenblick eingelenkt und selbst große Schwierigkeiten beseitigen helfen. Es ist leider richtig, daß das Zentrum niemals einem größeren Gesetzgebungswerk solche Hindernisse bereitet hat, wie sie von seiten der Liberalen selbst dann die Regel waren, wenn Er rungenschaften im Sinne ihrer eignen Parteigrundsätze geboten wurden. Noch beim Vereinsgesetz ist diese alte Erfahrung zur Wahrheit geworden. In dem klugen Sichbegnügen mit einem kleinen Vorteil, in der richtigen Einschätzung des Wertes, den jede positive Mitarbeit für die Macht einer Partei und für das Vertrauen zu einer Partei hat, sind die Liberalen den Erwartungen stets mehr schuldig geblieben als die Zentrumsleute. Das sind alles Momente, die in der praktischen Politik unter Umständen ins Gewicht fallen müssen, so unsympathisch diese Erwägung dem nationalen Politiker auch sein mag.

Aber wird das Zentrum selbst die Rückkehr in eine regierungsfreundliche Mehrheit wollen? Wenn man die Herzensergießungen einzelner Zentrumsdemagogen in der Presse liest, sieht es ja wohl nicht danach aus. Indessen man täusche sich nicht. In den maßgebenden Kreisen und bei den denkenden Führern der Partei ist die Wut über die Ausschaltung verraucht. Man ist klug genug, zu erkennen, daß die Hoffnung, das Blockexperiment werde sich als ein völliger Fehlschlag erweisen, getäuscht hat. Zurückgeblieben ist die Neue, das Machtbewußtsein der Partei vor zwei Jahren zu weit getrieben, den demagogischen Elementen zu viel Spielraum gelassen zu haben, und stärker geworden ist die Empfindung, daß die Ausschaltung des Zentrums eine Anomalie bedeutet. Kein Zweifel! das Zentrum strebt zurück in eine wieder einflußreiche, mindestens nicht einflußlose Stellung.

Es gibt Anzeichen genug dafür. Nicht zum wenigsten zeugt davon die geschickte Haltung der Partei gegenüber der Krone. Man hat Erfahrung darin. Schon unter Bismarck hat die Partei in dieser Beziehung gut laviert. Bei der „Kaiserdebatte“ im November hütete sich das Zentrum, etwa Leute wie Schädler oder gar Erzberger in die Redeschlacht zu schicken; der durch Staatsklugheit, Mäßigung und vornehme Loyalität bekannte Freiherr von Hertling war der Sprecher der Partei. Und als die Frage der „konstitutionellen Garantien“ zur Beratung stand, stellte das Zentrum keinen Antrag, sondern beteiligte sich nur mit einer Resolution, in der die Initiative zu geeigneten Vorschlägen den verbündeten Regierungen überlassen wurde.

Aber die Bedingungen? Würden sie nicht unerfüllbar sein? Auch das ist nicht anzunehmen. Außer der Abkehr von der Blockidee, die in der Wiederanknüpfung mit dem Zentrum unter den angenommenen Voraussetzungen eigentlich schon eingeschlossen ist, würde das Zentrum jetzt wohl nur auf der Erfüllung eines Wunsches bestehen, der allerdings vielsagend genug ist, der Besetzung des preußischen Kultusministeriums mit einem Manne — nicht gerade


katholischen Bekenntnisses —, wohl aber strengkirchlicher Richtung. Man denkt dabei wohl an den jetzigen Ministerialdirektor Schwarzkopf. Diese Bedingung mag vielen sehr bedenklich erscheinen, aber sie bedeutet für die gegenwärtigen Verhältnisse der preußischen Staatsregierung immerhin nichts unerfüllbares.

Man vergleiche damit die Opfer, die die Liberalen von der Regierung verlangen: verfassungsrechtliche Zugeständnisse größeren Umfangs, im Reich konstitutionelle Garantien, in Preußen eine radikale Wahlrechtsreform. Und selbst wenn diese Opfer gebracht würden, so wären keinerlei wirkliche Garantien für das Zustandekommen einer wirksamen Reichsfinanzreform auf dauerhafter Grundlage gegeben.

So sieht die Lage wirklich aus; sie enthält also Gefahren genug, wenn die Liberalen nicht bald den Weg zu einer Verständigung im Sinne positiver Mitarbeit finden. Gewiß wird sich Fürst Bülow nicht leichten Herzens zu einer Änderung seiner politischen Taktik entschließen, aber er kann dazu genötigt werden, wenn der Liberalismus die Bedeutung der Stunde verkennt. Die herrschende oder wenigstens der Herrschaft nahe kommende Stellung des Zentrums in Süddeutschland kann nur die Versuchung verstärken, durch Ausöhnung mit dem Zentrum der Reichspolitik manches Hindernis aus dem Wege zu räumen. Hoffentlich kommt es nicht so weit.



Der befestigte Grenzschutz Serbiens und Montenegros gegen Österreich

erbien hat nach seiner geographischen Lage mit drei Kriegsfällen zu rechnen, mit einem Kriege an der Nord- und Westgrenze gegen Österreich-Ungarn, mit einem Kriege an seiner Ostgrenze gegen Bulgarien und einem Kriege an seiner Südgrenze mit der Türkei. Demnach läßt sich sein Befestigungssystem in die Befestigungen an der Donau, in die an der Ostgrenze und in die an der Südfrent scheiden. In diesem Augenblick, wo die gespannten Beziehungen zwischen Serbien und Österreich-Ungarn nahezu ihren Höhepunkt erreicht haben, handelt es sich nur um die fortifikatorischen Anlagen an der Donau. Es muß vorausgeschickt werden, daß permanente Befestigungen im modernen Sinne überhaupt nicht bestehn. In den letzten Jahren ist man daran gegangen, Pirot, Zajecar und Nisch nach Art verschanzter Lager auszubauen. Diese Werke bestehn meist aus starken Erdlinien mit Aufzügen bis zu 4,5 Metern, Gräben von 4 bis 8 Metern Breite und 4 Metern Tiefe. Die ältern permanenten Befestigungen stammen aus der Zeit der altserbischen, der altösterreichischen und der türkischen Herrschaft und werden zum größten Teile überhaupt nicht erhalten. Dagegen